

GÖTTINGER BLÄTTER

02.2021

Herausgeber: Die LINKE. ☆ Rotes Zentrum e.V. ☆ DKP ☆ FG BRD-Cuba ☆ VVN/BDA ☆ GROBIAN ☆ Göttinger Linke

► Stadtentwicklung vor die Wand

Die Göttinger Linke im Stadtrat startete 2016 in die Wahlperiode mit ihrer wichtigsten Forderung zur Stadtentwicklung: Für Menschen mit normalen und niedrigen Einkommen müssen bezahlbare Wohnungen in großer Zahl gebaut werden. Dies sollte unterschiedslos in allen Stadtvierteln geschehen – natürlich mit Ausnahme von Industriegebieten – um Gettobilung zu vermeiden.

Wir ahnten damals, dass dies schwierig werden würde. Feststellbar ist heute, dass der wichtigste Akteur, die Städtische Wohnungsbau, überhaupt nicht bezahlbare Wohnungen in möglichst großer Zahl erstellen will, auch nicht die Verwaltung, was fast alle anderen Parteien unterstützen.

Das Angebot an geeigneten Flächen, allgemein für Geschosswohnungsbau, wurde immer wieder durch einzelne Maßnahmen verknappt. Oberhalb des Ostviertels stellt der Göttinger Wald eine Grenze dar. Das ist so zu respektieren. Aber auch in Geismar wurde nach Süden hin ein grüner Sperrgürtel eingerichtet. Es bleiben für den umfangreicheren Geschosswohnungsbau nur noch die Randbezirke von Grone und vom Hol-

tenser Berg übrig. Rein „zufällig“ sind das die Stadtteile mit schon jetzt sehr viel Geschosswohnungsbau.

Dennoch findet die Zersiedelung der Landschaft in einem rasanten Tempo statt: Es gibt immer wieder die Einrichtung von Baugebieten, hauptsächlich für Eigenheime in den dörflichen Gegenden bei Esebeck, Groß Ellershausen und Roringen, und massiven Flächenfraß für Industriegebiete wie die Logistikhallen südlich von Grone und nun, ganz aktuell die geplante Einrichtung eines großen Industriegebiets beim Dragoneranger, westlich der B3 bei Weende.

Der Flächenfraß geht also munter voran. Nur: Bezahlbarer Wohnraum entsteht dabei nicht wie im Detail vorgestellt werden soll.

Von der „Unmöglichkeit“, bezahlbare Wohnungen zu bauen

Wichtigstes Thema war 2016/2017, dass angeblich der Stadt zu wenig bebaubare Grundstücke zur Verfügung stünden, um dort bezahlbare Wohnungen im Geschosswohnungsbau zu realisieren. Man sollte also annehmen, dass, sobald entsprechende Grundstücke verfügbar wären, auch die Städtische Wohnungsbau (SWB) zuschlagen würde. Im Mai 2017 war dann der neue Flächennutzungsplan für die Stadt Göttingen da. Es war allerdings Fehlanzeige, dass die SWB nun deutlich mehr bauen würde. Wie schon in der Vergangenheit teilte sie ihr Desinteresse mit, wenn die Stadt potentielle Baugrundstücke entweder schon besaß oder günstig hätte erwerben können.

Ein paar Beispiele:

► Im Jahre 2010 hätte die Stadt das Gelände des ehemaligen IWF (Institut für den wissenschaftlichen Film) günstig von einem Fonds der alten Bundesländer erwerben können. Es gab aber kein Interesse, offensichtlich auch nicht von Seiten der SWB. Der Fond verkaufte das Grundstück daher an einen Privatinvestor. Mit diesem schloss die Stadt später einen

im Internet

https://www.goettinger-linke.de/goeblae_2020.php

Kontakt

POST: Göttinger Blätter
Lange Geismarstraße 2
37083 Göttingen

Druck: AktivDruck Göttingen
Telefon: 0551/67065

Inhalt

Stadtentwicklung	1
VVN-BdA	2
FG Cuba	3
DKP	4
Grobian	5
DIE LINKE. Termine	6
DIE LINKE. Kreisverband	7
DIE LINKE. Kreistagsinfo	8
Rotes Zentrum e.V.	9
Göttinger Linke	10
GöLinke Ratsinfo	11
Forts. Stadtentwicklung	12

Redaktionsschluss

für die Ausgabe 03.2021
ist der 19. Februar.
Auslieferung am 25. Februar.

Mietvertrag ab, um zwischen 2015 und 2018 im alten Gebäude Platz für Geflüchtete zu schaffen. Statt zum günstigen Preis ein rund 30.000 qm großes bebaubares Grundstück vom Land zu erwerben und dies auch in aller Zukunft für den Wohnungsbau entwickeln zu können, hat die Stadt also später Mieten in nicht unwesentlicher Höhe bezahlt und das Grundstück nicht in ihrer Hand.

► Das bebaubare Grundstück am Greitweg, gegenüber der Göttinger Saline Luisenhall stand zur Verfügung: Die SWB teilte ihr Desinteresse mit.

► 2019 gab es am Grundstück am oberen Ende der Zimmermannstraße kein Interesse seitens der SWB.

► Im gleichen Jahr schlugen wir für das Gelände der ehemaligen „Blauen Halle“, Kreuzung Elmweg/Rodeweg in Grone vor, dass z.B. die SWB dort Reihenhäuser für Familien mit niedrigen Einkommen bauen könne.

(...) Fortsetzung auf Seite 12

HANS-DIETER VON FRIELING – MICHAEL MIESSNER – ROBIN MARLOW

WOHNRAUM ATLAS GÖTTINGEN

WOHNUNGSVERSORGUNG UND WOHNUNGSPOLITIK
IN GÖTTINGEN SEIT 2010
FAKTEN – ANALYSEN – PERSPEKTIVEN



<https://stadtentwicklunggoettingen.wordpress.com/2020/03/27/wohnraum-atlas-goettingen-erschiener/>



Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes – Bund der Antifaschistinnen und Antifaschisten

<https://niedersachsen.vvn-bda.de> • <https://antifa.vvn-bda.de>

▶ Antifaschismus lässt sich nicht verbieten.

Erklärung gegen das geplante Verbot antifaschistischer Gruppen in Niedersachsen.

Am Freitag, den 15. Januar 2021 haben wir erfahren, dass Boris Pistorius als niedersächsischer Innenminister ein Verbot antifaschistischer Gruppen prüfen will. Boris Pistorius reagiert damit auf den "Bund deutscher Kriminalbeamter", welcher in Trumpscher Manier ein Verbot der "ANTIFA" fordert.

Unbewiesene Behauptungen und falsche Vorstellungen angeblicher Organisationsstrukturen stellen wieder einmal die Realität auf den Kopf: In den letzten Jahren sind erschreckende Beispiele rassistischer und antisemitischer Attentate und Morde bekannt geworden. Die Mordserie des NSU endete im November 2011 erst mit der Selbstenttarnung des Kerntrios. Am 9. Oktober 2019 verübte ein Rassist Attentate auf eine Synagoge und einen Döner-Imbiss in Halle. Und am 19. Februar 2020 ermordete ein Mann zehn Menschen in Hanau, ebenfalls aus rassistischen und faschistischen Motiven. Auch die Attentate auf Henriette Reker in Köln und Walter Lübcke in Kassel hatten

rassistische Hintergründe. Beide hatten sich für die Unterbringung von Geflüchteten eingesetzt. In den Schlagzeilen wird oft das Bild einzelner Täterinnen und Täter bedient. Über Unterstützungsnetzwerke wird wenig, über gesellschaftliche Gründe von Rassismus und Ungleichwertigkeitsideologie kaum berichtet. Auch immer neue Schlagzeilen über rechte und faschistische Netzwerke in deutschen Sicherheitsbehörden werden als Einzelfälle verharmlost. Abseits dieser rassistischen Eisbergspitzen wurde der AfD nichts entgegengesetzt, als diese die Grenzen des Sagbaren über die Grenzen der Humanität hinweg verschob.

Die Überlebenden des Konzentrationslagers Buchenwald schworen bei der Befreiung des Lagers am 19. April 1945:

"Die Vernichtung des Nazismus mit seinen Wurzeln ist unsere Losung. Der Aufbau einer neuen Welt des Friedens und der Freiheit ist unser Ziel."

Schon sie wussten, dass nicht nur der deutsche Faschismus besiegt, sondern

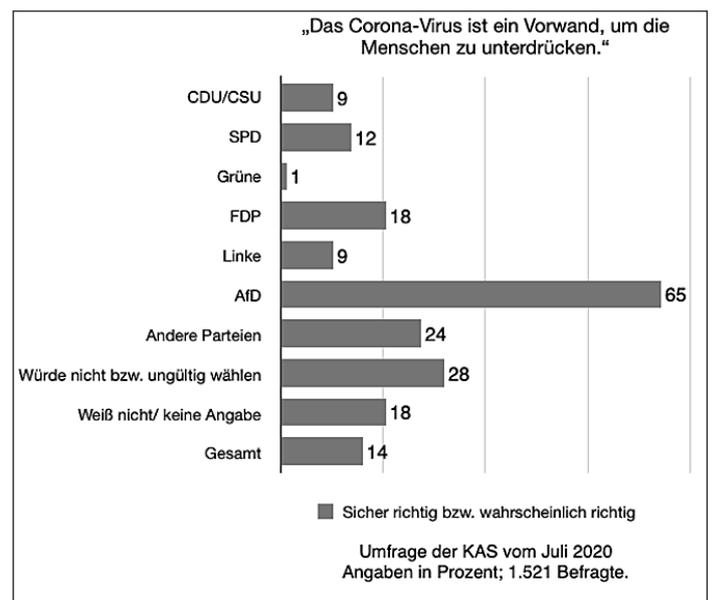
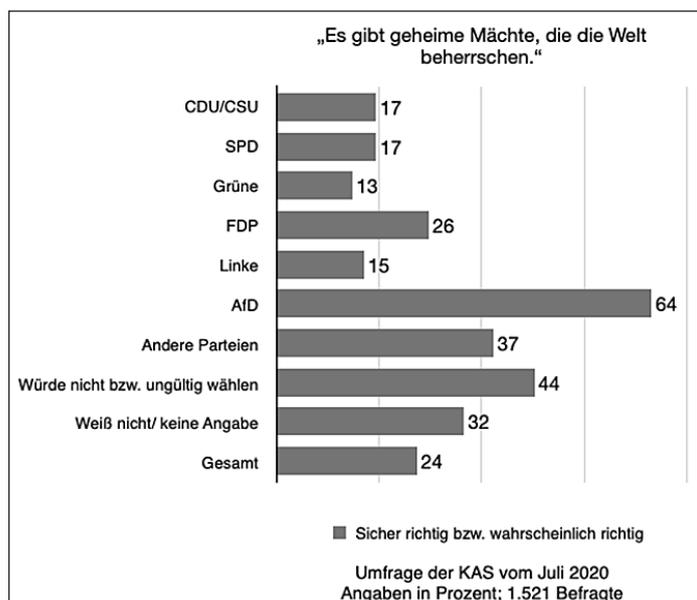
auch eine andere Welt erkämpft werden muss. Wären die Überlebenden des KZ Buchenwald heute auch "linksextrem"? Wer links und rechts, wie beim Hufeisenmodell, gleichsetzt, verteidigt nicht die Demokratie, sondern diffamiert und bekämpft die, die für eine solidarische Gesellschaft kämpfen, in der alle Menschen ohne Angst gemeinsam unterschiedlich sein können. Insbesondere in diesen Zeiten braucht es keine Verbote, sondern vielmehr Förderung und Teilnahme an Antifa. Es braucht eine starke Zivilgesellschaft, die sich antifaschistisch engagiert und sich rechten Ideologien entschlossen entgegen stellt. Es braucht weiterhin die Arbeit antifaschistischer Aktivist*innen, die mit ihren Recherchen maßgeblich zur Aufklärung rechter Anschläge und Aufdeckung rechter Netzwerke beitragen. Und es braucht lauten Protest, wenn versucht wird, Antifaschismus zu delegitimieren und zu kriminalisieren.

Wir stehen solidarisch zusammen und fordern: Kein Verbot antifaschistischer Gruppen in Niedersachsen!

#WirindalleAntifa

<https://wirsindalleantifa.wordpress.com/>

Erstunterstützer der Erklärung ist u.a. die Landesvereinigung der VVN-BdA Niedersachsen.

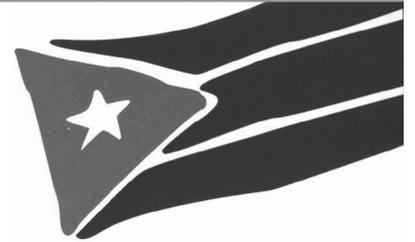


Aktuelles Informationsmaterial zu Verschwörungsideologien in Deutschland

1. Amadeu Antonio Stiftung (2020): Krise, Corona und Verschwörungserzählungen, 2., aktualisierte Auflage. Kostenlos als PDF erhältlich unter: https://www.amadeu-antonio-stiftung.de/wp-content/uploads/2020/05/wissen_was_wirklich_2_Auflage.pdf
2. Jochen Roose (2020): Verschwörung in der Krise. Repräsentative Umfragen zum Glauben an Verschwörungstheorien vor und in der Corona-Krise. Konrad-Adenauer-Stiftung. Kostenlos als PDF erhältlich unter: <https://kurzelinks.de/ysoo> (Kurzlinsk)

Freundschaftsgesellschaft BRD - Kuba Regionalgruppe Göttingen

c/o Rotes Zentrum, Lange-Geismar-Straße 2, 37073 Göttingen
e-mail: goettingen@fgbrdkuba.de / www.fgbrdkuba.de



unser Kooperations-
u. Bildungspartner:

Verein Niedersächsischer
BILDUNGSINITIATIVEN e.V.

Statt Mitgliederversammlung: Video-Treffen am 9. Februar

Zugangsdaten folgen kurzfristig per mail oder können hier angefordert werden:
goettingen@fgbrdkuba.de

Erklärungen des Auswärtigen Amtes in der Regierungspressekonferenz vom 15.01.2021:

▶ Erneute Aufnahme Kubas auf die Liste der Terrorismus unterstützenden Staaten der USA

FRAGE: Meine Frage geht an das Auswärtige Amt. Die Vereinigten Staaten von Amerika haben Kuba diese Woche auf die Terrorliste gesetzt. Teilen die Bundesregierung bzw. das Auswärtige Amt diesen Schritt des US-amerikanischen Partners?

ADEBAHR (AA): Wir haben diese Maßnahme der USA zur Kenntnis genommen. Die deutsche Position, und die befindet sich ganz im Einklang mit derjenigen der Europäischen Union, ist, dass wir für unsere Politik stehen, die auf einer Förderung der Beziehungen auch zu Kuba -das schließt einen durchaus kritischen und ganz umfassenden Dialog mit Kuba ein - und eine grundsätzliche Dialogbereitschaft ausgerichtet ist.

Unsere Haltung zu extraterritorialen Sanktionen hat Herr Seibert gerade im

Grundsatz und auch in anderem Zusammenhang noch einmal geäußert.

ZUSATZFRAGE: Die USA argumentieren ja damit, dass sie Kuba auf die Terrorliste gesetzt haben, weil Kuba ein Terrorsponsor sei. Ein Großteil der Lateinamerika-Experten verneinen das und sagen, dafür gebe es keinerlei Belege. Liegen dem Auswärtigen Amt denn irgendwelche Informationen vor, die diese Listung Kubas rechtfertigen würden?

ADEBAHR: Mir persönlich nicht.

**Kuba ist eine friedliche Nation, die zum Opfer
des Terrorismus der USA geworden ist**



**Wenn es eine Liste von Ländern gäbe, die die
Solidarität und das Leben fördern,
läge Kuba an erster Stelle**

#UnblockCuba
**Wirtschaftskrieg
gegen Kuba
beenden!**

Informiere Dich!
Werde aktiv!
www.unblock-cuba.org

Erste Video-Mitgliederversammlung der Regionalgruppe Göttingen:

Zum ersten Mal seit Beginn der Pandemie hat nun auch die FG-Regionalgruppe Göttingen im Januar ihre normale Mitgliederversammlung per video durchgeführt: Es waren zwar nur einige wenige Teilnehmer, aber der Informationsaustausch zur Situation in Cuba nach der Währungsumstellung war zutiefst informativ und erhellend.

Zugrunde lagen Texte aus der „junge welt“, „trabachadores“ und der „juventud rebelede“.

Aber auch die Situation anderer lateinamerikanischer Länder konnten - dank sprachlich versierter Menschen, die die spanischsprachigen Zeitungen dort verfolgen - beleuchtet werden.

Diese video-Konferenz hat Mut gemacht, dieses Format zu wiederholen bis wir uns wieder real treffen können. (g.s.)



Deutsche Kommunistische Partei

Kreisverband Göttingen



Rotes Zentrum, Lange Geismarstraße 2, 37083 Göttingen, dkpgoettingende.wordpress.com, goettingen@dkp-niedersachsen.de

► #ZeroCovid

Das Ziel heißt Null Infektionen!

Für einen solidarischen europäischen Shutdown

Initiative fordert eine ökonomische Pause, um die Pandemie zu stoppen: „Für eine #ZeroCovid-Strategie und einen solidarischen europäischen Shutdown“

+++ Kampagne startete am Donnerstag, 14.01. mit Hashtag-Offensive in den sozialen Medien +++ Über 300 Menschen aus Gesundheitsbereich, Gewerkschaften und öffentlichem Leben in Deutschland, Österreich und Schweiz als Erstunterzeichnende +++ Zentrale Message: Infektionen auf Null senken durch wirtschaftliche Auszeit +++ (Aufruf gekürzt)

Nach einem Jahr Pandemie sind wir in ganz Europa in einer äußerst kritischen Situation. Tausende Menschen sterben jeden Tag und noch viel mehr erkranken. (...) Die Maßnahmen der Regierungen reichen nicht aus: Sie verlängern die Pandemie, statt sie zu beenden (...).

Die Strategie, die Pandemie zu kontrollieren, ist gescheitert. (...) Wir brauchen jetzt einen radikalen Strategiewechsel: (...). Das Ziel darf nicht in 200, 50 oder 25 Neuinfektionen bestehen – es muss Null sein.

(...) Mit Impfungen allein ist der Wettlauf gegen die mutierte Virusvariante nicht zu gewinnen – erst recht nicht, wenn die Pandemiebekämpfung weiter (...) ohne Shutdown der Wirtschaft besteht. Wir setzen uns dafür ein, dass die Sars-CoV-2-Infektionen sofort so weit verringert werden, dass jede einzelne Ansteckung wieder nachvollziehbar ist. (...)

Darum fordern wir diese unerlässlichen gesellschaftlichen Maßnahmen:

1. Gemeinsam runter auf Null:

Das erste Ziel ist, die Ansteckungen auf Null zu reduzieren. Um einen Ping-Pong-Effekt zwischen den Ländern und Regionen zu vermeiden, muss in allen europäischen Ländern schnell und gleichzeitig gehandelt werden. (...) Die niedrigen Fallzahlen müssen mit einer Kontrollstrategie stabil gehalten und lokale Ausbrüche sofort energisch eingedämmt werden. (...) Diese (Maßnahmen) beinhalten Screening- und Impfstrategien, Schutz von Risikogruppen und Unterstützung der Menschen, die besonders stark von der Pandemie betroffen sind.

Um dieses Ziel zu erreichen, brauchen wir eine solidarische Pause von einigen Wochen. Shutdown heißt: Wir schränken unsere direkten Kontakte

auf ein Minimum ein – und zwar auch am Arbeitsplatz! Maßnahmen können nicht erfolgreich sein, wenn sie nur auf die Freizeit konzentriert sind, aber die Arbeitszeit ausnehmen. Wir müssen die gesellschaftlich nicht dringend erforderlichen Bereiche der Wirtschaft für eine kurze Zeit stilllegen. Fabriken, Büros, Betriebe, Baustellen, Schulen müssen geschlossen und die Arbeitspflicht ausgesetzt werden. Diese Pause muss so lange dauern, bis die oben genannten Ziele erreicht sind. (...) Mit diesem Aufruf fordern wir auch die Gewerkschaften auf, sich entschlossen für die Gesundheit der Beschäftigten einzusetzen (...).

2. Niemand darf zurückgelassen werden: Menschen können nur zu Hause bleiben, wenn sie finanziell abgesichert sind. Deshalb ist ein umfassendes Rettungspaket für alle nötig. Die Menschen, die von den Auswirkungen des Shutdowns besonders hart betroffen sind, werden besonders unterstützt – wie Menschen mit niedrigen Einkommen, in beengten Wohnverhältnissen, in einem gewalttätigen Umfeld, Obdachlose. (...) Menschen, die im Shutdown besonders viel Betreuungs- und Sorgearbeit leisten, sollen durch gemeinschaftliche Einrichtungen entlastet werden. Kinder erhalten Unterricht online, notfalls in Kleingruppen.

3. Ausbau der sozialen Gesundheitsinfrastruktur: Der gesamte Gesundheits- und Pflegebereich muss sofort und nachhaltig ausgebaut werden. (...) Das Personal muss in diesem Bereich aufgestockt werden. Die Löhne sind deutlich anzuheben. (...) Wir verlangen die Rücknahme bisheriger Privatisierungen und Schließungen. (...).

4. Impfstoffe sind globales Gemeingut: Eine globale Pandemie lässt sich nur

Mitgliederversammlungen im Februar

2. Februar:

„Arbeiterklasse und Corona“

Nach einem Referat den Gen. Rainer Perschewsky

19. Januar:

Wahlkreismitgliederversammlung Aufstellung und Wahl von Wahlkreis-kandidat*innen für die Bundestagswahl

(Eine ausführliche Einladung mit dem Vorschlag für die Tagesordnung ging bereits per mail am 20.1.21 zu)

Alle MV'en finden jeweils um 19.00 Uhr im Video-Format statt. Die Zugangsdaten werden kurzfristig per mail zugesandt oder können hier abgefragt werden:
goettingen@dkp-niedersachsen.de

global besiegen. Öffentliche und private Unternehmen müssen umgehend die erforderliche Produktion von Impfstoffen vorbereiten und durchführen. Impfstoffe sollten der privaten Profiterzielung entzogen werden. (...).

5. Solidarische Finanzierung: Die notwendigen Maßnahmen kosten viel Geld. Die Gesellschaften in Europa haben enormen Reichtum angehäuft, den sich allerdings einige wenige Vermögende angeeignet haben. Mit diesem Reichtum sind die umfassende Arbeitspause und alle solidarischen Maßnahmen problemlos finanzierbar. Darum verlangen wir die Einführung einer europaweiten Covid-Solidaritätsabgabe auf hohe Vermögen, Unternehmensgewinne, Finanztransaktionen und die höchsten Einkommen.

Wir wollen die politische Lähmung in Bezug auf Corona überwinden. Wir wollen uns auch in Deutschland, Österreich und der Schweiz für den nötigen solidarischen ZeroCovid-Strategiewechsel sammeln. Wie unsere Mitstreiter*innen in Großbritannien (<https://zerocovid.uk>) wissen wir, dass wir den Schutz unserer Gesundheit gegen kurzfristige Profitinteressen und große Teile der Politik erkämpfen müssen.

(...) weiter auf Seite 12

GROBIAN GRONER BÜRGERINITIATIVE ANTIFASCHISMUS

- ☛ Kontakt unter 0551-93435 (Gunnar)
- ☛ Mail: grobian-grone.web.de
- ☛ Treffen: **Montags, z.Zt. 19.00 Uhr per Video**



unser Kooperations- u. Bildungspartner:



Verein Niedersächsischer
BILDUNGSINITIATIVEN e.V.

▶ Trump 's letztes Gefecht?

Wir Antifaschist*innen sind zuweilen recht schnell mit dem Etikett „Faschist“. Aber die Leute, die das Capitol stürmten, waren zum großen Teil wirklich Faschisten: Die bewaffnete Schlägertruppe „Proud Boys“, QAnon-Gläubige, Milizen wie die „Oath Keepers“, armierte Bürgerwehren etc. - faschistische Kräfte, derer sich Trump bedient.

Im Sommer, als die Black-Lives-Matter-Bewegung eskalierte, riet er den „Proud Boys“ zwar sich zurück- aber auch bereit zu halten. Am 6. Januar lud er seine Fans zum Besuch des Capitols ein und sie kamen ...

Glücklicherweise waren sie nicht besonders gut organisiert und wussten offensichtlich nicht so recht, was nach der geglückten Stürmung des Capitols zu tun ist und was von ihnen erwartet wurde. Aber sie haben weltweit deutlich gemacht: Hier sind wir, wir haben keine Angst, Ihr könnt noch mehr von uns erwarten.

Trump hat sie dann nach Hause geschickt mit den Worten: „Geht nach Hause. Wir lieben euch. Ihr seid etwas ganz Besonderes.“

Gut möglich, dass dies Trumps letzter großer Auftritt war, aber es wird andere Trumpels geben, die seine Rolle weiterspielen. Und seine Basis, die 74 Mio Wähler*innen werden weiterhin da sein. Menschen, die seine offensichtlichen Lügen akzeptierten, seine falschen Behauptungen glaubten, den irrationalen Argumenten folgten.

Da unterscheiden sie sich aber nicht sonderlich von Wählern Bolsonarios, Orbans, der PIS, Marie le Pens, der AfD etc.: Das Gemeinsame ist ihre absolute soziale Verunsicherung nach Jahrzehnten neoliberalen Kapitalismus mit der Anhäufung monströsen Reichtums Weniger und relativer Verarmung der Mehrheit, mit dem Abbau von demokratischen Errungenschaften und

Etablierung völkerrechtswidriger und menschenverachtender Standards in der Politik.

Diese Politik wurde und wird nicht nur von rechten Parteien getragen. Auch die „Demokraten“ in den USA, die SPD und die Grünen, das „kleinere Übel“ Macron etc. stützen diesen Neoliberalismus, der mit der Wahl von Biden in den USA nicht etwa überwunden sein wird.

Gleichzeitig zerfransen sich die Linken bei uns in Identitätspolitik, Querfrontdiskussionen, Antisemitismusvorwürfen und verlieren den notwendigen Fokus auf die sozialen Verhältnisse der nichtprivilegierten Klassen. Deswegen werden wir von denen auch nicht als Teil der Lösung wahrgenommen.

Solange innerhalb der Linken mit erhobenem Zeigefinger die jeweils andere Meinung als falsch „entlarvt“ wird, wird sich dies auch nicht ändern. Wir brauchen nicht gegenseitige Abgrenzungen, sondern die Betonung der Gemeinsamkeiten. (to)

▶ Antifaschismus lässt sich nicht verbieten.

Pressemitteilung: Niedersächsische Erklärung gegen das Verbot antifaschistischer Gruppen

Am Freitag, den 15. Januar 2021 wurde bekannt, dass Boris Pistorius als niedersächsischer Innenminister ein Verbot antifaschistischer Gruppen prüfen will. Boris Pistorius reagiert damit auf den „Bund deutscher Kriminalbeamter“, der in Trumpscher Manier ein Verbot der „ANTIFA“ fordert.

Mit der klaren Forderung: kein Verbot antifaschistischer Gruppen und der Aufforderung für mehr Förderung und Teilhabe an Antifa, hat sich nun ein breites gesellschaftliches Bündnis in einer „Niedersächsischen Erklärung“ zusammengefunden.

Schon jetzt unterstützen u.a. Gewerkschaftler*innen und Politiker*innen, Gruppen und Aktivist*innen aus der Klima- der antirassistischen- und der antifaschistischen Bewegung, Jugendorganisationen

wie Organisationen der radikalen Linken als Erstunterzeichner*innen diese Erklärung.

Sie verbinden dies mit der Aufforderung an alle fortschrittlichen und demokratischen Menschen und Organisationen sich dieser Erklärung anzuschließen und damit ein eindrucksvolles Zeichen der Solidarität zu setzen.

Die Erklärung und die Liste der Unterstützer_innen findet sich unter:

<https://wirsindalleantifa.wordpress>.



Die Überlebenden des Konzentrationslagers Buchenwald schworen bei der Befreiung des Lagers am 19. April 1945:

“Die Vernichtung des Nazismus mit seinen Wurzeln ist unsere Losung. Der Aufbau einer neuen Welt des Friedens und der Freiheit ist unser Ziel.”



Termin

Offenes GÖ-Nord-West-Treffen der Göttinger Linken

Planungen im Göttinger Nordwesten: Neubaugebiet Holtenser Berg und Dragoneranger
am Dienstag, 23. Februar, 18:00 Uhr per Videokonferenz

Input: Edgar Schu, Ratsfraktion Göttinger Linke

Anmeldungen bitte per Mail an eckhardfascher@web.de (Eckhard Fascher)

Der Zugang zu unserer Videokonferenz mit BigBlueBotton wird Euch dann zugesandt.

Zum Hintergrund der Planungsprojekte, vgl. S.1 + 12 Stadtplanung vor die Wand

Presseerklärung Landesverband Niedersachsen vom 20.01.2021

► Beschlüsse zur Eindämmung der Corona-Pandemie sozial absichern!

Anlässlich der Konferenz von Ministerpräsident*innen und Bundeskanzlerin erklärt Heidi Reichinnek, Landesvorsitzende der LINKEN Niedersachsen: „Angesichts der weiterhin hohen Neuinfektions- und Todeszahlen von Covid19-Patient*innen ist es richtig, die Maßnahmen zur Eindämmung der Pandemie regelmäßig auf den Prüfstand zu stellen und zu überarbeiten. Um das notwendige Vertrauen der Bevölkerung zu erhalten, kommt es aber immer darauf an, dass Maßnahmen schlüssig und nachvollziehbar sind sowie transparent kommuniziert werden. Dafür ist es auch notwendig, dass die Debatte um ihr Für und Wider endlich wieder in den gewählten Parlamenten geführt wird. Auch die längst überfälligen strengeren Maßnahmen für den Arbeitsplatz werden nur halbherzig umgesetzt. Besonders mangelhaft ist die Verordnung zur Home-Office-Pflicht. Weder wird konkret ausgeführt, was einen ‚zwingenden betriebsbedingten Grund‘ darstellt, der eine Ausnahme von der Regel begründet, noch wird den Beschäftigten die Möglichkeit eingeräumt, ihr Recht auf Homeoffice individuell einzuklagen. Hier muss dringend

nachgebessert werden! Es kann nicht sein, dass Bürger*innen sich in ihrem Privatleben seit Wochen diszipliniert einschränken, während man sich mit Blick auf Profitinteressen gleichzeitig ziert, Konzernen wirkungsvolle Einschränkungen zum Schutz ihrer Beschäftigten aufzuerlegen.“

Ihr Co-Vorsitzender Lars Leopold ergänzt: „Mit Blick auf die neue Regelung zum verpflichtenden Tragen einer medizinischen Maske im Nahverkehr ist es wichtig, Maßnahmen zu ergreifen, die die Benachteiligung wirtschaftlich schwacher Menschen verhindern. Gerade die besonders gut schützenden FFP2-Masken kosten mehrere Euro pro Stück. Ministerpräsident Weil und Gesundheitsministerin Reimann müssen dafür sorgen, dass Transferleistungsempfänger*innen und Geringverdiener*innen kostenlos mit Masken versorgt werden. Sie sind in den Berechnungen z.B der Hartz4-Regelsätze schlicht nicht vorgesehen. Darüber hinaus muss eine Preisbindung für medizinische Masken rechtssicher eingeführt werden, um in die Höhe schnellende Preise aufgrund der höheren Nachfrage zu verhindern.“



KV Göttingen/Osterode

Lange Geissmarstraße 2, 37073 Göttingen
 Tel.: 05 51 - 29 14 05 46

kreisverband@die-linke-goettingen.de

Sprechstunde für Mitglieder und Interessierte:

Anfragen an: kreisverband@die-linke-goettingen.de

Jugendverband [;solid]:

Mail: [solid\(at\)solid-goettingen.de](mailto:solid(at)solid-goettingen.de) und bei facebook

Homepage: <https://solid-goettingen.de/>

Ortsverbände:

OV Göttingen

Adresse und Telefon wie KV, E-Mail:
ortsverband@dielinke-goettingen.de

OV Rosdorf

Bettina Weigert, Tel. 0175-1948368
rosdorf@dielinke-goettingen.de

OV Bovenden

Marius Fedry, Tel. 0159 01282354

OV Altkreis Osterode

Ilyas Cangöz
kreis.osterode@die-linke-goettingen.de

OV Dransfeld

Ulrich Maschke, Tulpenweg 2a,
 37127 Dransfeld, Tel. 05502-4798034,
dransfeld@dielinke-goettingen.de

OV Hann. Münden

E-Mail: Hann.Muenden@die-linke-goettingen.de

Zusammenschlüsse:

Ökologische Plattform:

Eckhard Fascher, Tel. 01523 2077973
 Festnetz: 0551-40137061
eckhardfascher@web.de

AG Antifa

ag-antifa@die-linke-goettingen.de

AG Betrieb & Gewerkschaft

Andreas Gemmecke,
 Tel. 0551-61401/ 0151-14444619,
 E-Mail: ag-gb@dielinke-goettingen.de

AG Frauen

Britta Schmerling, Tel. 0177 8534351

Sozialistische Linke

Dietmar Reitemeyer
 E-Mail: SL-Goettingen@web.de

Kommunistische Plattform

Peter Strathmann,
 E-Mail: walter.noobsch.kpf@gmx.de

Rosa-Luxemburg-Club Göttingen

Elvira Kalusa,
 E-Mail: rlc-goettingen@rls-nds.de
<http://nds.rosalux.de/> und bei facebook.

Spendenkonto KV Göttingen

Volksbank Kassel Göttingen eG
 IBAN DE08 5209 0000 0047 3038 00

DIE LINKE. Kreisverband Göttingen/Osterode

Presseerklärung LV Niedersachsen vom 04.01.2021

► Bildungssystem auf tönernen Füßen: Exzellenzinitiative und Exzellenzstrategie sind gescheitert!

Das geisteswissenschaftliche Lichtenberg-Kolleg der Universität Göttingen wird geschlossen. Dies hat die niedersächsische Landesregierung im Rahmen eines Sparprogrammes durchgesetzt. 120 Wissenschaftler*innen haben sich in einem Protestbrief gegen die Schließung ausgesprochen. Diese ist vor allem fehlenden Geldern aus der Exzellenzförderung des Bundes geschuldet.

„Die Schließung des Lichtenberg-Kollegs in Göttingen ist eine Bankrotterklärung für die Schwarz-Rote Politik der sogenannten ‚Exzellenzinitiative‘“, erklärt Heidi Reichinnek, Landesvorsitzende der niedersächsischen Linken. „Statt Universitäten nachhaltig zu finanzieren, hält man an Leuchtturm-Projekten fest – mit katastrophalen Folgen für die breite Masse der Hochschulen. Projektfinanzierung verhindert nachhaltige Hochschulentwicklung, da nur über wenige Jahre geplant werden kann. Für Studierende und Lehre lassen sich keine Verbesserungen feststellen. Wozu treibt man die Universitäten also in diesen Konkurrenzkampf?

Die LINKE. setzt sich für das ersatzlose Auslaufen der Exzellenzinitiative ein.“ Co-Vorsitzender Lars Leopold ergänzt: „Stattdessen wollen wir eine dauerhafte Absicherung von Universitätshaushalten erreichen, an der sich Bund und Länder beteiligen. Im vorliegenden Fall muss die Landesregierung die verordneten Kürzungen zurücknehmen und das Lichtenberg-Kolleg und dessen Wissenschaftler*innen absichern. Gerade in Zeiten der Corona-Pandemie ist es ein völlig falsches Signal, ein Institut dicht zu machen, welches sich aktiv für den internationalen Austausch und die Werte der Aufklärung einsetzt.“

Zum Hintergrund der Schließung:

Das geisteswissenschaftliche Lichtenberg-Kolleg soll im September geschlossen werden. Im Jahre 2007 hatte sich die Universität Göttingen bei der bundesweiten Exzellenzinitiative durchgesetzt. 2008 wurde dann mit den Mitteln der „Elite“-Universität das Kolleg gegründet, mit dem die Uni die eigenen Geistes- und Sozialwissenschaften international zur

Erweiterung eigener und zur Erschließung neuer Forschungsfelder vernetzen wollte. Wissenschaftlicher Nachwuchs aus dem Ausland kann so 18 Monate in Göttingen forschen. Auch kamen am Kolleg zuletzt einige bedrohte Wissenschaftler/innen unter, die in Deutschland Schutz suchten.

Derzeit stehen noch Menschenrechtsdebatten, die Aufklärung, Modern Jewish Studies und politische Ideengeschichte als die vier Forschungsschwerpunkte im Fokus. Zur Zeit arbeitet das Kolleg an einer wissenschaftlichen Neuedition der Anne-Frank-Tagebücher zusammen mit weiteren internationalen Forschungseinrichtungen.

120 Wissenschaftler/innen aus vielen Ländern hatten im Dezember in einem Offenen Brief gegen die Schließung protestiert. Diese wiesen vor allem auf die Bedeutung des Kollegs für die Erforschung der „tragic period between 1933 and 1945“ hin, also der Zeit des Nationalsozialismus, auch gerade in der heutigen Zeit, in der Humanität und Wahrheit angegriffen würden.

Die Schließung wäre ein großer Verlust für Göttingen und sein internationales Ansehen. Die Entscheidung ist an der Göttinger Öffentlichkeit und Kommunalpolitik vorbei gelaufen. Die Stadt hat sich eben nicht in Entscheidungen der Universität einzumischen. Dabei betrachtet man die Stadt als Dienstleister der Universität und profitiert gerne von ihrer Infrastruktur. Freiheit der Wissenschaft halt, in diesem Fall auch zur Beendigung von Wissenschaft! *ef*

► Parteivorsitzende zur Wahl des Vorsitzenden der CDU

Bernd Riexinger PM 16.01.2021:

Heute hat die CDU einen neuen Vorsitzenden gewählt. Bernd Riexinger, Vorsitzender der Partei DIE LINKE, dazu:

Die CDU setzt auf planlos. Erst hat Laschet das Krisenmanagement in NRW in den Sand gesetzt und jetzt soll er die CDU durch die Krise führen.

Laschet geht völlig ohne politischen Kompass ins Wahljahr: Einsatz gegen Rechtsextremismus? Fehlanzeige. Regulierung der Fleischkonzerne? Fehlanzeige. Der neue Vorsitzende der CDU wird weiter versuchen, ein konservatives Politikmodell zu retten, dass keine Antworten für die Zukunft hat. Statt der Politik von gestern brauchen Visionen für die Zukunft: eine solidarische Gesellschaft, eine klimagerechte Wirtschaft, unabhän-

gige Politik, die den Menschen in den Mittelpunkt stellt.

Katja Kipping facebook 18.01.2021:

Mit Armin Laschet hat die CDU nun einen neuen Parteivorsitzenden, aber noch lange keinen Kanzlerkandidaten. Egal, wer dann das Rennen um die CDU-Kanzlerkandidatur gewinnt, die CDU wird nicht bereit sein, die Weichen so zu stellen, dass wir gerecht aus der Krise kommen. Auch mit dem Flip-Flop-Kandidaten Laschet ist für die CDU politisch noch nichts geklärt. Er wird dem rechten Flügel der CDU in den kommenden Monaten so viel Zucker geben müssen, sodass die Grünen sich dreimal überlegen müssen, ob sie sich auf Gedeih und Verderb der Union hingeben wollen.



Link zum unterzeichnen:
<https://www.miete-bezahlbar.de/aufruf-unterzeichnen/>



DIE LINKE. Kreisverband Göttingen/Osterode

Presseerklärung Landesverband Niedersachsen vom 12.01.2020

► Schule zu: Anspruch auf kostenfreies Mittagessen muss weiter bestehen!

Zum Wegfall des kostenlosen Mittagessens für BuT-berechtigte Schüler*innen während der Schulschließungen äußert sich Heidi Reichinnek, Vorsitzende der LINKEN Niedersachsen und Ratsmitglied in Osnabrück: „Normalerweise ist das warme Mittagessen in der Schule für Schüler*innen, die Anspruch auf Leistungen aus dem Bildungs- und Teilhabepaket (BuT) haben, kostenfrei. Wenn jetzt Schüler*innen aufgrund des Corona-Lockdowns nicht in die Schule gehen können, ist der Wegfall des Mittagessens für die Kinder und Jugendlichen sowie ihre Familien eine besondere Belastung. Bisher gibt es dafür keinen finanziellen Ausgleich. Mit Blick auf steigende Lebensmittelpreise,

gerade für Obst und Gemüse, und die erhöhten Ausgaben für Hygieneartikel und Schutzmaßnahmen, z.B. Masken, haben Menschen mit geringem Einkommen sowieso schon genug Schwierigkeiten, um über die Runden zu kommen. Wir fordern die Bundesregierung auf, sofort eine Gesetzesänderung auf den Weg zu bringen, um die BuT-Mittel für die Mittagsverpflegung direkt an die Familien auszuzahlen. Dies würde eine deutliche Entlastung darstellen. Dass hier bisher weggeschaut wird, zeigt ganz klar, welchen Stellenwert die Regierung gerade Kindern aus Familien mit geringem Einkommen zuteilt. Hier wären schon lange deutlich weitreichendere Maßnahmen wie eine Kindergrundsicherung nötig.“

Lars Leopold, Co-Vorsitzender und Kreistagsabgeordneter in Hildesheim: „Auch in Niedersachsen sind viele Kinder und Jugendliche aus Familien mit niedrigem Einkommen auf die Mittagsversorgung in Schulen und Kitas angewiesen. In Zeiten oftmals geschlossener Tafeln fällt nicht nur dieses Mittagessen weg, sondern die gesamte Versorgungssituation der Menschen in Armut verschlechtert sich. Um diese Situation zu entschärfen, müssen auch die Kommunen aktiv werden und prüfen, wie sie die betroffenen Familien unterstützen können. Das könnten beispielsweise Einmalzahlungen sein, die den Familien zur Verfügung gestellt werden. Eine weitere Option könnte sein, dass bis zur Wiederaufnahme des regulären Schulunterrichts allen Kindern und Jugendlichen dieses Mittagessen als Lunchbox ausgeliefert wird. Wir fordern die niedersächsischen Kommunen auf, diese Optionen zu prüfen und möglichst gemeinsam einen starken Appell Richtung Bund zu schicken. Immerhin geht es hier um grundlegende Bedürfnisse von Menschen - wie genug zu essen!“

► Schule in Coronazeiten von Eckhard Fascher

Gerade die Probleme mit den Mittagessen von Kindern aus einkommensschwachen Familien sind wiederholt von unserer Kreistagsfraktion angesprochen worden. Gegen einen von uns geforderten finanziellen Ausgleich wurden rechtliche Bedenken ins Feld geführt. Das schulische Mittagessen gab es selbst in den Phasen der Schulöffnungen nicht unbedingt, für viele Schüler vor allem höherer Klassen überhaupt nicht mehr.

Auch sonst ist seit dem 14. März letzten Jahres an den Schulen in Stadt und Landkreis nur wenig wie es bisher gewesen ist. Erst wurden die Schulen komplett geschlossen, um sie dann nach den Osterferien wieder in kleinen Schritten mit eingeschränktem Unterricht zu öffnen, dabei fand das Wechselmodell statt, das heißt die Kinder durften einen Tag zur Schule gehen und mussten einen Tag zu Hause bleiben. Zwischen Sommer- und Herbstferien gab es zumindest täglichen Schulunterricht. Die Kinder hatten sich dabei an die Masken und ständiges Lüften gewöhnen müssen. Mit dem neuen Lockdown im November änderte sich dies erneut. Die Weihnachtsferien wurden

nach vorne und hinten heraus verlängert. Ein großer Teil der Kinder geht aktuell Ende Januar gar nicht zur Schule und ist im sogenannten „Homeschooling“, der Rest wird nach Wechselmodell unterrichtet. Aufgrund der übrigen Einschränkungen sind auch die sozialen Kontakte untereinander stark eingeschränkt.

Was aber bedeutet dieses „Homeschooling“? Die Kinder sitzen zu Hause und haben Aufgaben zu lösen, die dann später von den Lehrern nachgesehen werden. Je nach Schule muss die Aufgaben ein Elternteil abholen oder das Kind bekommt sie digital zugesandt. Dabei sind die Kinder auf die Hilfe ihrer Eltern oder älteren Geschwister angewiesen. Da es keinen Digitalunterricht gibt, fallen auch Erklärungen des Lehrers bis auf wenige Rücksprachemöglichkeiten weitgehend weg. Dies liegt nicht nur an der fehlenden Ausstattung der Schulen, sondern auch daran, dass es eben vielfach kein schnelles Internet gibt.

Für leistungsstarke Schüler oder auch solche mit ausreichender Unterstützung ist dies nicht ganz so tragisch wie für solche, die nicht so gut mitkommen oder

die keine Unterstützung von zu Hause haben. Ganz zu schweigen davon, dass den Kindern auch die sozialen Kontakte zu Gleichaltrigen fehlen.

Wiederholt wurde von unserer Kreistagsgruppe auf die Notwendigkeit des Internetausbaus und der Digitalisierung der Schulen hingewiesen. Das Internet wird jetzt sehr langsam und nicht immer wie es technisch möglich wäre mit öffentlichen Mitteln ausgebaut und auch die Schulen werden mit Zuschüssen des Bundes (Digitalpakt) aufgerüstet, aber auch dies geschieht alles unzureichend und zu langsam. Jetzt in der Coronazeit zeigen sich die Folgen jahrzehntelanger Versäumnisse gerade auch im Vergleich zu anderen europäischen Ländern.

Die verschiedenen Folgen der Corona-Pandemie für die Schülerinnen und Schüler werden uns wohl noch einen längeren Zeitraum nach Corona beschäftigen.



Rotes Zentrum e.V.

im Lieschen-Vogel-Haus · Lange-Geismar-Straße 2 · 37073 Göttingen

Mail: rotes-zentrum-goettingen@posteo.de

Unser Spendenkonto und das aktuelle Veranstaltungsprogramm senden wir auf Anfrage gerne zu



► Göttingen, schöne Ecken

Postkarten-Motiv Rotes Zentrum (Lieschen-Vogel-Haus)

Die Darstellung wirkt weichgezeichnet und historisch. Fast möchte die Betrachterin meinen, eine der romantisierenden mittelalterlichen Ansichtskarten des beschaulichen Göttingens vor sich zu haben. Doch der zweite Blick lohnt sich: mit feinem Stift ist über dem gemalten Ladenfenster „Rotes Zentrum“ gezeichnet. Und auch das Transparent an der Hausfassade mit sozialen Forderungen in der Corona-Gesundheitskrise lässt erkennen, dass das Hier und Jetzt abgebildet ist. Die Karte Nr. 42 von Martin Melcher ist Ende des zurückliegenden Jahres fertig gestellt worden; als ein weiteres Motiv der Reihe „Göttingen, schöne Ecken“. Andere seiner Postkarten-Abbildungen zeigen „Leineschafe an der Rosdorfer-Weg-Brücke“, „Pavillion Schillerwiese“, „Saline Luisenhall“, „Rosa-Luxemburg-Haus Goßlerstraße“, „Hausprojekt OM10“, „Kornmarkt mit Demo (Fridays for Future)“ und – sicher nicht ganz uneigennützig – „Trödelladen ZEITZEUG, Göttingen, Nikolaistraße 24“. Ähnlich gekonnt, schön, witzig, nachdenklich und detailverliebt wie seine Postkarten-Motive gestaltet Martin Melcher hier regelmäßig das Schauenfenster

ster seines Trödelladens ZEITZEUG. Für KennerInnen der Stadtgesellschaft ist Martin Melcher so etwas wie ein linker Stadtchronist und -Archivar. Er rückt linke Plakate, Straßenszenen, Orte und Begebenheiten ins Licht, bereitet diese mit besonderem Blick auf und macht das oftmals flüchtige Geschehen zeitlos einem größeren Publikum zugänglich.

Ihr seid neugierig geworden oder wollt Euren GenossInnen einen Gruß aus Göttingen senden? An der Ladentür des Trödelladens ZEITZEUG in der Nikolaistraße 24 befindet sich ein origineller Postkartenautomat. Hingehen, zugreifen und Münzgeld in den Briefkasten werfen!

Das Postkarten-Motiv „Rotes Zentrum (Lieschen-Vogel-Haus)“ wollen wir nachdrucken und Fördermitgliedern wie BesucherInnen des Roten Zentrums zur Verfügung stellen. Für Lizensrechte und Druckkosten bitten wir um Spenden:

Rotes Zentrum Göttingen e.V.
IBAN: DE68 5209 0000 0000 2292 02
BIC: GENODE51KS1
Volksbank Kassel-Göttingen eG

Rotes Zentrum-Schaufenster

Ab Mitte Februar 2021 wird im Schauenfenster des Roten-Foyers eine neue Ausstellung zu sehen sein. Das Antifaschistische Bildungszentrum und Archiv Göttingen ABAG zeigt Text- und Bildtafeln, die den Angriff gegen zwei engagierte Fachjournalisten vor dem Anwesen des Neonazis Thorsten Heise in Fretterode (West-Thüringen) im April 2018 thematisieren. Anlass der Ausstellung ist der Prozessbeginn gegen die beiden Täter Gianluca Bruno und Nordulf Heise am 2. März 2021 in Mühlhausen. Die anfänglichen Versuche, die angegriffen Journalisten unglaublich zu machen und die zögerlichen Ermittlungen durch Polizei und Staatsanwaltschaft, die Möglichkeit der Täter, sich ins Nicht-EU-Ausland abzusetzen sowie der verschleppte Prozessbeginn könnten jeweils selber Gegenstand eines politischen Krimis sein. Auch deshalb laden AntifaschistInnen zu einer kritischen Prozessbeobachtung und solidarischen Begleitung der geschädigten Journalisten ein.

Prozessbeginn in Mühlhausen
2. März 2021, 10 Uhr
Landgericht Mühlhausen
Puschkinhaus, Puschkinstraße 3



Postkarte Rotes Zentrum





Wähler*innengemeinschaft

Göttinger Linke

sprecher.innenkreis@goettinger-linke.de

▶ Mietspiegel für Göttingen!

Grüne und GöLinke sprechen dafür – die Verwaltung bremst!

Dass ein Mietspiegel eine sinnvolle Maßnahme ist, um eine bessere Übersicht über den Mietmarkt zu bekommen, ist seit langem klar. Und nun haben sich die Grünen – nach eigenen Worten – auch durch ExpertInnen eines Besseren belehren lassen:

Im November haben sie einen entsprechenden Antrag in den Rat eingebracht. Dabei haben sie „selbstkritisch“ zugegeben, lange dagegen gewesen zu sein.

Da aber im November wegen des Einbringens des Haushalts möglichst wenig diskutiert werden sollte, wurde der Antrag anstandslos und einstimmig in den Sozialausschuss überwiesen.

Dort stand er im Dezember auf der Tagesordnung. Die Verwaltung hatte eine Vorlage dazu erstellt, die erstmalig Vorteile eines qualifizierten Mietspiegels in den Vordergrund stellt. Sie rückt darin von ihrem bisherigen Standpunkt ab, ein solcher schade eher, weil er zu einem schnelleren Ansteigen der Angebotsmieten führe.

Aber dann wird in der Stellungnahme der Verwaltung eine komplizierte Argumentation aufgebaut, die das Erstellen eines Mietspiegels in weite Zukunft rückt: Die Entscheidung über einen Mietspiegel solle im Rahmen der Haushaltsberatungen 2023 aufgegriffen werden.

Die Sozialdezernentin Frau Broistedt führte aus, dass der Landkreis Göttingen die Aktualisierung der KdU-Obergrenzen (Kosten der Unterkunft für Transferleistungsbezieher*innen) für 2021 plant, dies aber bereits laufe und es zu spät sei, sich dort mit einzuklinken. Und da dies nur alle zwei Jahre passiert, soll's also erst wieder 2023 angegangen werden.

Und auf Nachfrage durch die Ratsfrau Bärbel Safieh kam noch das Standard-Argument: Aktuell sei kein Geld da; ein Mietspiegel koste 100.000 Euro und in Zeiten von Corona habe man die nicht!

Und außerdem: Der Bund plane eine Reform des Mietspiegelrechts, die eine Pflicht zur Erstellung eines Mietspiegels verpflichtet. Und dann müssten die Kosten den Kommunen auch erstattet werden.

Also: Alles spricht für Abwarten!

In der Diskussion im Sozialausschuss wurde von den Grünen und der GöLinke heftig gegen die Verschiebung argumentiert, sogar Dr. Hermann von der SPD schloss sich erstaunlicherweise dieser Meinung an. Man solle, so Dr. Hermann, die Erstellung eines Mietspiegels als mittelfristiges Ziel in den Produkthaushalt 2021 aufnehmen, bzw. dies beantragen. Dann sei es als Absichtserklärung schon mal festgehalten und würde nicht so leicht versanden.

Die GöLinke/ ALG-Ratsgruppe wird bei den Grünen nachfragen, ob dies nicht Inhalt eines interfraktionellen Antrags sein kann.

Beim Sozialausschuss im Januar erklärte Frau Broistedt aber nun, dass der Gesetzesentwurf des Kabinetts zur Reform des Mietspiegelrechts keine Verpflichtung der Kommunen mehr vorsähe. Damit aber wird indirekt erneut gegen den Mietspiegel argumentiert, der den kommunalen Haushalt entsprechend „belastet“.

Aber tut er das wirklich? Wenn der Mietspiegel dabei hilft, die Explosion der Mieten zumindest zu dämpfen, dann sind die 100.000 Euro gut investiertes Geld.

Fazit: Es ist schon zu erwarten, dass dort - beim Bund - die Idee eines wirksamen Mietspiegels tatsächlich verwässert wird, da ja die Koalition den Investoren nicht wirklich den Geldhahn zudrehen will: CDU, SPD, FDP und Grüne, sei es auf Bundes-, Landes- oder kommunaler Ebene agieren scheinheilig: Nach außen werden Feigenblätter kreierte, die aber nichts an den ungenutzten Profitmechanismen des Wohnungsmarktes ändern. (bs)

Kontakte:

**Wähler*innengemeinschaft
Göttinger Linke**

Rotes Zentrum,
Lange Geismarstraße 2
37073 Göttingen
www.goettinger-linke.de
E-Mail: sprecher.innenkreis@goettinger-linke.de

SprecherInnenkreis:

Dr. Eckhard Fascher, Sabine Klohn
Oliver Preuß, Bärbel Safieh,
Dr. Christian Schüler, Christa Siebecke

Kassierer:

Gunnar Siebecke

Fraktion Göttinger Linke im Rat der Stadt Göttingen

Neues Rathaus Zi. 931 (9.Stock)
Hiroshimaplatz 1-4
37083 Göttingen
Telefon: 0551- 400 2347
goelinke-alg-gruppe@goettingen.de

Fraktionsmitarbeiter:

Udo Trost

Öffnungszeiten des Büros:

Mo: 9:00 – 12:30 Uhr
Di: 13:00 – 17:00 Uhr
Mi: 14:00 – 17:00 Uhr
Do: 13:00 – 17:00 Uhr

Fraktionssitzung:

Mittwoch 17.00 Uhr (öffentlich)

Mandatsträger:

Rolf Ralle (Fraktionsvorsitzender)
Bärbel Safieh
Edgar Schu

Vorankündigung März:

**3. Kommunalpolitischer
Ratschlag der WählerInnen-
gemeinschaft Göttinger Linke
Samstag, 20 März**

Inhalt:

Verabschiedung des Wahlprogramms

Bei Redaktionsschluss konnte verständlicherweise noch nicht festgelegt werden, ob dies wieder eine Video-Veranstaltung sein wird oder ein Treffen möglich ist!

**Planungen im Göttinger Nordwesten:
Neubaugebiet Holtenser Berg und Dragoneranger**

Offenes GÖ-Nord-West-Treffen der Göttinger Linken

am Dienstag, 23. Februar, 18:00 Uhr per Videokonferenz

Input: Edgar Schu, Ratsfraktion Göttinger Linke
Anmeldungen bitte per Mail an eckhardfascher@web.de (Eckhard Fascher)


Pressemitteilung
03.01.2021

Zum Schulbeginn 2021 wird unter den Pandemiebedingungen an allen Schulen weiterhin die Luftqualität in den Klassenräumen ein großes Problem sein. Alle Fraktionen des Rates haben sich dafür ausgesprochen, dass die Verwaltung umgehend feststellt, wie viele Raumlüfter und Trennscheiben für alle Göttinger Schulen benötigt werden. Bei dieser Anfrage kann es aber nicht bleiben. Wir müssen umgehend handeln, denn der Unterricht an den Schulen wird in wenigen Wochen wiederbeginnen. Es ist Aufgabe und Verpflichtung der Kommune, dass die Voraussetzungen für einen ordnungsgemäßen Unterricht an den Schulen und die Betreuung in den Kitas gewährleistet ist. Dazu gehört an erster Stelle die Sicherheit der Kinder und des Personals.

Es muss jetzt entschieden werden damit die Kosten in den Haushalt 2021 eingebracht werden können.

Wir weisen nochmals darauf hin, dass das regelmäßige Lüften nur wenig zur Luftverbesserung beiträgt und in dieser Jahreszeit zu Raumtemperaturen führt, die eindeutig unter der im Arbeitsschutz festgelegten Mindestraumtemperatur von 19 Grad liegen.

Wir haben folgende Fragen an den Oberbürgermeister und das Baudezernat der Stadt Göttingen gestellt:

1. Wie viele der vorhandenen 1019 Unterrichtsräume benötigen umgehend einen Raumlüfter und Trennscheiben?
2. Wie viele Räume in den städtischen Kindertagesstätten müssen mit Raumlüfter ausgestattet werden?
3. Nach welchen Kriterien werden Unterrichtsräume bei der Bestückung mit Lüftern und Trennscheiben nicht berücksichtigt?
4. In welchem Umfang sind geeignete Lüfter und Trennscheiben umgehend lieferbar?
5. Welche Gesamtsumme muss die Stadt für alle umgehend benötigten Lüfter und Trennscheiben in den Haushalt 2021 einbringen?

Kontaktdaten

**Fraktion Göttinger Linke
im Rat der Stadt Göttingen**
 Neues Rathaus Zi. 931 (9.Stock)
 Hiroshimaplatz 1-4
 37083 Göttingen
 Telefon: 0551- 400 2347

[goeLinke-
Ratsfraktion@goettingen.de](mailto:goeLinke-Ratsfraktion@goettingen.de)

Geschäftsführer:
 Udo Trost

Öffnungszeiten des Büros:
 Mo : 9:00 - 13:00 Uhr
 Di: 9:00 - 13:00 Uhr
 Mi: 14:00 - 17:00 Uhr
 Do: 13:00 - 17:00 Uhr

Pressemitteilung
04.01.2021

Staatsschutz ermittelt:

Der Göttinger Staatsschutz ermittelt gegen Unbekannt wegen Sachbeschädigung. Ein schweres Delikt, das die Wehrhaftigkeit des Staates herausfordert. Es geht dabei um ein Gemälde, das auf die verbrecherische Unterlassung der EU-Staaten angesichts im Mittelmeer ertrinkender Menschen hinweist. Dies wird in derselben Logik verfolgt wie die Schiffe auf dem Mittelmeer, die nicht auslaufen dürfen, weil sie zu viele Rettungswesten an Board haben. Verboten wird, was nicht ausdrücklich erlaubt ist. So katapultiert sich der Staat - hier in Gestalt der Polizei - so dermaßen ins Abseits, dass man nur noch lachen kann.

- Wir rufen die Bürger*innen Göttingens auf, den Fahndungsauftrag der Polizei aktiv zu unterlaufen und unter 0551-4912115 den Staatsschutz zu grüßen und ihm mitzuteilen, warum solche Gemälde gewollt und richtig sind.

- Wir rufen die Stadtverwaltung in Person des Oberbürgermeisters dazu auf, dem Staatsschutz Einhalt zu gebieten und als Eigentümerin der schön bemalten Wände dafür zu sorgen, dass solche Bilder zum Erbe der Stadt gehören.

(...) Fortsetzung „Stadtentwicklung vor die Wand“ von Seite 1

Bis heute gibt es keine Rückmeldung von der SWB.

Das ist schon trostlos genug. Zu dieser auffälligen und kontraproduktiven Zurückhaltung der Verwaltung, den bezahlbaren Wohnungsbau in Göttingen voran zu treiben, sind im Laufe der Jahre noch weitere Hindernisse hinzugekommen.

Grüner Sperrgürtel in Geismar gegen die Wohnungsgenossenschaft

Im Februar setzte eine mit 22:21 Stimmen äußerst knappe CDU/Grüne Mehrheit im Stadtrat durch, dass der sogenannte Helmsgrund im Südosten von Geismar zum Landschaftsschutzgebiet wurde. Hier besitzt die Wohnungsgenossenschaft Göttingen ein Grundstück, auf welchem sie mehrere hundert Wohnungen im Geschosswohnungsbau errichten wollte.

Das war allen Ratsmitgliedern bekannt. Sogar zur entscheidenden Abstimmung war die Geschäftsführung der Wohnungsgenossenschaft anwesend, wies die Ratsmitglieder auf ihre Pläne hin und dass sie selbstverständlich die empfindlichsten Anteile des Naturraumes, den sogenannten Bruchweggraben, in pfleglicher Weise behandeln werde. Die Entscheidung stand aber schon fest. Man kann wohl vermuten, dass hier ohne Rücksicht auf die Auswirkungen auf den Göttinger Wohnungsmarkt ein bestimmtes Wähler*innenklientel durch Schwarzgrün bedient wurde.

Bauvorhaben Europaquartier am Holtenser Berg

Seit geraumer Zeit wird hier, im Nordwesten der Stadt ein großes Neubaugebiet mit rund 600 Wohneinheiten für rund 2.000 Menschen geplant. Die angestammte Bevölkerung und vor allem die „Bürgerinitiative Holtenser Berg“ stehen diesem Vorhaben grundsätzlich aufgeschlossen gegenüber. Sie hoffen, dass mehr bezahlbare Wohnungen einen Beitrag zur Entspannung des Wohnungs-

marktes leisten werden. Sie wollen aber nicht den verkehrsberuhigten Charakter der Europaallee, der zur Zeit einzigen Zufahrt zum Holtenser Berg, verlieren. Viele Jahre hatten sie darum gekämpft. Daher fordern sie, dass gleichzeitig mit dem großen neuen Viertel eine zweite Zufahrt geschaffen wird, so dass der Verkehr sich auf zwei verkehrsberuhigte Straßen verteilen kann. Leider wurde jedoch schon im Juli 2019 beschlossen, dass die Europaallee die einzige Zufahrt bleiben und „ertüchtigt“ (beschleunigt) werden solle.

Hauptgrund für diese Lösung: Der Ortsrat Holtensen (Holtensen hat im Unterschied zum Holtenser Berg einen Ortsrat) hat sich gegen jegliche Verbindungsstraße zum Holtenser Berg ausgesprochen. Anlässlich der Beschlusslage im Stadtrat hat sich die Wohnungsgenossenschaft als wichtiger Akteur auf dem Wohnungsmarkt öffentlich eingemischt. Der Geschäftsführer Schreiber ließ sich im Göttinger Tageblatt am 3. Mai 2020 zitieren. Er forderte, dass dort „eine funktionierende Vorstadt geschaffen wird. Wenn man es richtig angeht, dann können dort die Wohnungsprobleme Göttingens gelöst werden.“ Er teilte mit, unter dieser Bedingung habe auch die Wohnungsgenossenschaft Interesse, sich am Europaquartier zu beteiligen. (Zitat GT Ende) Er sprach sich für eine Verbindung zwischen dem Holtenser Berg mit Holtensen oder Weende aus.

Auch unter sozialen und ökologischen Aspekten hätte eine Verbindung zwischen Holtensen und dem Holtenser Berg vielfache Vorteile: Die 1.900 Holtenser und die 3.900 jetzigen und ca. 2.000 neuen Bewohner des Holtenser Bergs würden für die Ansiedelung eines größeren Einzelhandels ein genügend großes Einzugsgebiet darstellen. Seitdem auch der Schlecker in Holtensen vor vielen Jahren geschlossen wurde, versorgen sich die Holtenser ausschließlich durch Einkäufe außerhalb Holtensens, die wohl aller größtenteils mit dem Auto erledigt werden. Sämtliche Möglichkeiten für eine gemeinsame Infrastruktur würden durch eine verkehrliche, direkte Verbindung beider Orte wesentlich verbessert: Eine funktionierende Vorstadt mit dann knapp 8.000 Einwohnern.

Dragoneranger: Noch mehr Logistikgebiete!

Der Süden von Grone ist mit Logistikzentren schon zu einer futuristischen Dystopie gestaltet worden, wo wirklich niemand mehr beim Spaziergang seine Erholung suchen will: Über viele Hektar hohe Hallen, soweit das Auge reicht.

Nun soll am Dragoneranger (westlich der B3 bei Weende) in der bislang offenen Landschaft ebenso ein großes Logistikzentrum über mehrere Hektar gebaut werden.

Wir halten fest: Zu viele Wohngebiete für bezahlbare Wohnungen können angeblich nicht ausgewiesen werden, weil das Zersiedelung der Landschaft bedeute. Stattdessen wird die Landschaft für Eigenheime und für Logistik- und Industriegebiete zersiedelt.

Edgar Schu

Planungen im Göttinger Nordwesten: Neubaugebiet Holtenser Berg und Dragoneranger:

Offenes GÖ-Nord-West-Treffen der Göttinger Linken

am Dienstag, 23. Februar, 18:00 Uhr per Videokonferenz

Input: Edgar Schu, Ratsfraktion Göttinger Linke
Anmeldungen bitte per Mail an eckhardfascher@web.de (Eckhard Fасher)
Der Zugang zu unserer Videokonferenz mit BigBlueButton wird Euch dann zugesandt.

Fortsetzung „#ZeroCovid“ von Seite 4

Es gibt keinen Gegensatz zwischen Gesundheitsschutz und Pandemiebekämpfung einerseits und der Verteidigung demokratischer Rechte und des Rechtsstaats andererseits. Demokratie ohne Gesundheitsschutz ist sinnlos und zynisch. Gesundheitsschutz ohne Demokratie führt in den autoritären Staat. Die Einheit von beidem ist der entscheidende Schlüssel zu einer solidarischen ZeroCovid-Strategie.

12. Januar 2021

Der ganze Aufruf sowie der Zugang zur Unterschriftenaktion ist zu finden unter <https://zero-covid.org>
Bei Redaktionsschluss hatten bereits knapp 78.000 Menschen diesen Aufruf unterschrieben

